



Uganda

Länderinformation



EUROPA
INTEGRATION
ÄUSSERES
BUNDESMINISTERIUM
REPUBLIK ÖSTERREICH



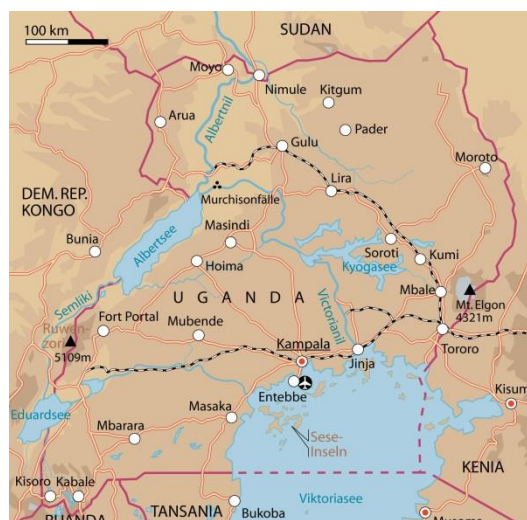
AUSTRIAN
DEVELOPMENT
AGENCY

Einleitung

Seit 1986 steht Yoweri Museveni als Staats- und Regierungschef an der Spitze Ugandas. Nach der Machtergreifung mithilfe der National Resistance Army (NRA) führte er die ersten zehn Jahre eine Einheitsregierung. Das politische System beruhte in dieser Zeit auf einem No-Party- bzw. Einparteiensystem des National Resistance Movement (NRM), der ehemaligen Widerstandsbewegung unter Museveni. 1996 wurde Museveni innerhalb dieses Systems erstmals durch demokratische Wahlen als Staatspräsident bestätigt.

Im Juni 2005 stimmte die Bevölkerung in einem Referendum für eine Öffnung in Richtung Mehrparteiensystem sowie für die Aufhebung der Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten. 2006, 2011 und 2016 fanden allgemeine Parlaments- und Präsidentschaftswahlen unter der Beteiligung mehrerer Parteien statt, in denen die NRM-Regierung unter Präsident Yoweri Museveni bestätigt wurde. Die Wahlen wiesen demokratische Defizite - wie die Behinderung der Arbeit der Opposition und Ungereimtheiten bei der Stimmenauszählung - aus.

Österreichs Beziehungen zu Uganda reichen bis in die frühen 1980er-Jahre zurück. Seit 1992 ist Uganda Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA).



Basisdaten

Unabhängigkeit	9. Oktober 1962
Staatsform	Präsidentialrepublik
Staatsoberhaupt	Yoweri Kaguta Museveni
Premierminister	Ruhakana Rugunda
Außenminister	Sam Kutesa
Fläche *	241.551 km ²
Bevölkerung **	42 Mio (34,6 Mio lt. Zensus 2014***)
Bevölkerungswachstum ***	3,3%
Lebenserwartung***	Frauen: 61 Jahre; Männer: 57 Jahre
Alphabetisierung (Bev. ab 15 Jahren)***	Geschätzt 73,2% (72,2% lt. Zensus 2014***)
HDI (Human Development Index)***	0,493 (Max. 1), 163. Stelle von 188
GII (Gender Inequality Index)***	0,522 (Max. 1), 121. Stelle von 188
BIP*	27,53 Mrd. USD
Jährliches Wachstum des BIP*	5,1%
BNE*	27,53 Mrd. USD
BNE pro Kopf*	705 USD
Armut****	27% leben unter der nationalen Armutsgrenze.
Bevölkerungsanteil mit Zugang zu sauberem Wasser*****	70% der ländlichen Bevölkerung 71% der städtischen Bevölkerung
Bevölkerungsanteil mit Zugang zu verbesserter Siedlungshygiene*****	80% der ländlichen Bevölkerung 86% der städtischen Bevölkerung

* <http://data.worldbank.org/country/uganda>, Stand 2015

** United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division, World Population Prospects: The 2017 Revision

*** UNDP: Human Development Report 2016

**** Uganda Bureau of Standards UBOS: Uganda National Household Survey 2016/17

***** Ministry of Water and Environment MWE: Uganda Water and Environment Sector Performance Report 2017

Politischer Hintergrund und derzeitige Situation

Uganda war ab 1894 britisches Protektorat mit indirekter Machtausübung unter der Dominanz des Königreichs Buganda. 1962 erlangte das Land seine Unabhängigkeit. 1963 rief Premierminister Milton Obote die Republik aus, sein Regime nahm jedoch bald diktatorische Züge an. Durch einen Militärputsch gelangte 1971 Generalmajor Idi Amin an die Macht. Seine Gewaltherrschaft führte Uganda in eine soziale, politische und wirtschaftliche Krise. Nach Amins Vertreibung im Jahr 1979 und einer erneuten Diktatur unter Obote übernahmen 1986 schließlich Yoweri Kaguta Museveni und seine National Resistance Army (NRA) die Macht. Die NRA wurde bald in National Resistance Movement (NRM) umbenannt und regiert seither.

Bei den letzten allgemeinen Wahlen zur Präsidentschaft und zum Parlament im Februar 2016 ging Amtsinhaber Yoweri Museveni mit 60 Prozent der Stimmen erneut als Sieger hervor. Der Kandidat der Oppositionspartei Forum for Democratic Change (FDC), Kizza Besigye, erreichte mit 35 Prozent den zweiten Platz. Da Kizza Besigye nach dem Wahltag unter Hausarrest gestellt wurde, konnte nur der drittplatzierte Amama Mbabazi seine Wahlanfechtung zeitgerecht einbringen. Das Höchstgericht entschied nach eingehender Prüfung, dass die vorgebrachte Klage nicht ausreichend begründet war und machte einige Wahlrechtsreformvorschläge. Die Wahlbeobachtungsmissionen der EU und des Commonwealth kritisierten die Wahlen deutlich. Sie sprachen von unfairen Voraussetzungen, Stimmenkauf, Einschüchterungsversuchen, Einschränkungen der Medienfreiheit, einer voreingenommenen Wahlkommission sowie wiederholten Verhaftungen von Oppositionsführer Besigye am Wahltag und danach.

Demokratiepolitische Entwicklungen

Durch den Wahlsieg 2016 konnten Präsident Museveni und die Regierungspartei NRM ihre Macht zwar verteidigen und im Parlament sogar eine Zweidrittelmehrheit erringen. Opposition, internationale Gemeinschaft, Zivilgesellschaft und internationale Medien kritisieren die Präsidentschaft allerdings wegen autokratischer Züge.

Aufgrund der zunehmend perspektiv- und arbeitslosen Jugend besteht die Gefahr von spontanen sozialen und politischen Unruhen. Statt auf Pluralismus setzt die NRM-dominierte Regierung auf eine Militarisierung der Gesellschaft. Junge Menschen werden in polizeinahe Einheiten rekrutiert (Crime Preventers), ein allgemein verpflichtender Zivildienst ist geplant und es wird in Armee und Polizei investiert. Kritische Stimmen innerhalb der Regierungspartei, aus Gesellschaft und Medien werden durch Drohungen, Verhaftungen und Gerichtsverfahren zum Verstummen gebracht.

Korruption

Korruption ist in Uganda ein bedeutendes Problem, sowohl im kleinen (Polizei, Verwaltung, bei Gericht und in der medizinischen Versorgung) als auch im großen Stil. In den vergangenen Jahren konnten allerdings verschiedene Verbesserungen (etwa im Justiz- und Sicherheitssektor) erreicht werden.

Die Kontrollinstitutionen wie Rechnungshof und Interne Revision existieren und sind relativ gut ausgestattet. Die Verfolgung, die Sanktionierung und vor allem die Bestrafung von Vergehen erfolgen aber nicht konsequent genug. Die politische Verantwortung wird kaum wahrgenommen. Unter anderem deshalb, weil die parlamentarische Opposition schwach ist und von der Regierungspartei behindert wird.

Korruptionsvorwürfe werden mitunter als politisches Mittel verwendet, um KritikerInnen oder parteiinterne KonkurrentInnen auszuschalten.

Menschenrechtssituation

Durch die Beteiligung an allen relevanten internationalen und regionalen Abkommen verfügt Uganda über einen starken Rechtsrahmen zum Schutz der Menschenrechte. Dies spiegelt sich größtenteils auch in der nationalen Gesetzgebung wider.

Minderheitenrechte und Religionsfreiheit sind in der Verfassung verankert und werden weitgehend eingehalten. Der immer bessere Zugang zu Gerichtsbarkeit sowie ein stärkeres Bewusstsein für Frauenrechte sind ebenfalls positive Beispiele. Die ugandische Menschenrechtskommission, ein Verfassungsgremium, setzt sich aktiv und klar für die Stärkung der Menschenrechte ein.

Aufgrund der demokratiepolitischen Entwicklungen ist jedoch nur eingeschränkt politischer Raum für die Opposition und zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs) vorhanden. Immer wieder kommt es zu Fällen von Folter durch die Polizei und in Gefängnissen. Lücken bestehen in der praktischen Umsetzung von Frauen- und Kinderrechten. Homosexuelle werden diskriminiert. Die Regierung schränkt Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit ein, insbesondere für die Opposition. Das Gesetz für öffentliche Sicherheit (Public Order Management Act 2013) wird restriktiv ausgelegt.

Im November 2015 verabschiedete das Parlament eine neue NGO-Gesetzgebung, die die Registrierung aller Organisationen, die im gemeinnützigen Bereich tätig sind, vorsieht. VertreterInnen der Zivilgesellschaft haben die Annahme des Gesetzes grundsätzlich begrüßt. Sie heben vor allem den partizipatorischen Entstehungsprozess als positiv hervor. Allerdings äußern sie auch die Befürchtung, dass in der Anwendungspraxis bürokratische Hürden zur Einschränkung der Arbeit betroffener Organisationen führen. Ein im Gesetz vorgesehenes Aufsichtsorgan verfügt über ein breites Inspektionsmandat, dessen Ausübung ebenfalls noch abzuwarten ist.

Bürgerkrieg in Norduganda (1987-2006)

Zwischen 1987 und 2006 terrorisierte die Lord's Resistance Army (LRA) unter der Führung von Joseph Kony die Bevölkerung in Norduganda. Auch die Armee beging in ihrem Kampf gegen die LRA Menschenrechtsverletzungen. Morde, Verstümmelungen und die gewaltsame Rekrutierung von KindersoldatInnen durch die LRA standen auf der Tagesordnung. Der Konflikt kostete rund 100.000 Menschen das Leben. Mehr als 1,8 Millionen flüchteten in Lager, die unter dem Schutz der ugandischen Armee standen.

2005 erließ der Internationale Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen Joseph Kony und weitere führende LRA-Kämpfer. Die ugandische Regierung und die LRA verhandelten bis 2008 sechs umfassende Teilabkommen. Die LRA-Führung weigerte sich zwar das Gesamtabkommen zu unterzeichnen, zog sich aber aus Uganda zurück. Im Frühjahr 2017 verkündete die Regierung, dass die LRA keine Gefahr mehr für die nationale Sicherheit darstelle. Die ugandische Militäroperation in der Zentralafrikanischen Republik, wo noch 100 LRA-Kämpfer sowie Kony vermutet werden, wurde beendet.

Regionale Ungleichheiten und Dezentralisierung

Der Bürgerkrieg in Norduganda zwischen 1987 und 2006 führte zu starken regionalen Ungleichheiten. Nach Ende des Bürgerkrieges und der Rückkehr der Binnenflüchtlinge in ihre Dörfer begann der Wiederaufbau der Region. Der Anteil armer Menschen an der Bevölkerung Nordugandas ist trotzdem deutlich höher als im Rest des Landes.

In der Region Karamoja in Nordost-Uganda an der Grenze zu Kenia gab es ebenfalls langjährige Konflikte zwischen nomadischen Hirten und anderen Bevölkerungsgruppen.

Seit der Befriedung und Entwaffnung in Karamoja 2009 unterstützt ein spezielles Programm die Region und die Ansiedelung der vormals nomadischen Bevölkerung.

In den letzten Jahren wurde die Dezentralisierung Ugandas vorangetrieben: Die Bevölkerung hat mehr Mitspracherecht und die Bezirke wurden mehr als verdoppelt (1997: 54 Bezirke, 2017: 117).

Stabilisierende Rolle in der Region

Aufgrund der politisch aktiven Rolle und des Engagements in Ostafrika und Afrika insgesamt ist Uganda ein wichtiger Partner der internationalen Gemeinschaft, wenn es um die Stabilisierung der Region geht. Uganda ist Mitglied der Ostafrikanischen Gemeinschaft, der Internationalen Konferenz der Region der Großen Seen, der Intergovernmental Authority on Development und des Common Market for Eastern and Southern Africa. Uganda stellt außerdem das größte Truppenkontingent für die internationale Mission der Afrikanischen Union in Somalia bereit und hat dort maßgeblich zur Stabilisierung der Situation beigetragen.

Nachbarschaftliche Beziehungen

Uganda grenzt an Kenia, den Südsudan, die Demokratische Republik Kongo, Ruanda und Tansania. Für den Binnenstaat sind gute Beziehungen zu den östlichen Nachbarn wichtig, damit der reibungslose Warenverkehr von und zur Küste garantiert ist. Daher engagiert sich Uganda besonders für den Aufbau der Ostafrikanischen Gemeinschaft.

In der Vergangenheit war die Nachbarschaft zur Demokratischen Republik Kongo und zu Ruanda aber nicht immer konfliktfrei. Der Ostkongo ist reich an Bodenschätzen und Basis mehrerer bewaffneter Gruppierungen. Dies führte in den letzten Jahrzehnten immer wieder zu Auseinandersetzungen, in die Ruanda und Uganda involviert waren. Uganda hat sich in den letzten Jahren um eine Normalisierung der Beziehungen bemüht und sich als Vermittler im Rahmen der Region der Großen Seen eingesetzt.

Ende 2013 entsandte Uganda ohne UN-Mandat Truppen in den Südsudan zur Unterstützung der dortigen Regierung im Machtkampf zwischen Präsident Salva Kiir und dem von Kiir abgesetzten Vizepräsidenten Riek Machar. Die ugandischen Truppen haben Ende 2015 ihren Einsatz offiziell beendet und wurden großteils wieder abgezogen. Die Tatsache, dass ein Mitgliedstaat der mit den Friedensverhandlungen beauftragten Intergovernmental Authority on Development (IGAD) unilateral Truppen in den Bürgerkrieg entsandt hat, wurde von der Internationalen Gemeinschaft kritisiert. Nach einer kurzen Ruhephase im Südsudan, in der eine Regierung der nationalen Einheit mit Riek Machar als Vizepräsident regierte, eskalierte die Situation dort Mitte 2016 wieder. Machar entkam nur knapp dem Tod und flüchtete ins Ausland. Die sich seither ausbreitenden Kampfhandlungen und die Fragmentierung der Macht im Südsudan entlang ethnischer Linien führten zu einer der größten Fluchtbewegungen der letzten Jahre. Derzeit befindet sich rund eine Million geflüchtete Südsudanesen in Uganda. Insgesamt halten sich momentan etwa 1,3 Millionen Flüchtlinge in Uganda auf. Der größte Teil davon im ohnehin strukturschwachen Norden des Landes. Solange der Bürgerkrieg im Südsudan und die daraus resultierende Hungersnot anhalten, muss mit weiteren Flüchtlingen gerechnet werden.

Wirtschaft

Während der letzten 20 Jahre gab es in Uganda eine relativ hohe makroökonomische Stabilität. Das Wirtschaftswachstum lag recht konstant bei etwa 5 Prozent. Nachdem die Inflation im Jahr 2011 auf 30 Prozent angestiegen war, konnte sie durch eine strenge Fiskalpolitik wieder auf ein Niveau von unter 10 Prozent gesenkt werden.

Um die Wirtschaft anzukurbeln, sieht die ugandische Regierung in ihrem zweiten Nationalen Entwicklungsplan 2016 - 2020 und in den Haushaltsplanungen eine Erhöhung der Infrastrukturausgaben vor. Vor allem in den Energiesektor soll massiv investiert werden.

In der Region des Albertsees im Westen des Landes wurden vor rund zehn Jahren große Erdölvorkommen entdeckt. Die ersten Einnahmen werden ab 2022 erwartet. Die Ölreserven sollen Uganda zu einem weiteren Entwicklungsschub verhelfen. Die immer noch weitgehend ungelöste Situation im Südsudan stört den Handel zwischen den beiden Ländern erheblich.

Armutssituation

Die Bevölkerung Ugandas setzt sich aus 40 verschiedenen Volksgruppen zusammen. Rund 80 Prozent der Menschen leben zumeist in Subsistenzwirtschaft, wobei die Landwirtschaft etwa ein Viertel zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beiträgt. Trotz des stetig steigenden Pro-Kopf-Einkommens leben 27 Prozent der Bevölkerung unter der nationalen Armutsgrenze. Der Human Development Index 2016 weist Uganda auf dem 163. Platz unter 188 Ländern aus.

Mit 3,3 Prozent hat Uganda eine der höchsten Bevölkerungswachstumsraten weltweit. 1990 gab es 15 Millionen EinwohnerInnen, im Jahr 2016 39 Millionen. Für 2050 werden laut ugandischem Statistikamt 100 Millionen EinwohnerInnen prognostiziert. Das stellt eine große Herausforderung für die Armutsbekämpfung dar.

Entwicklungspolitik Ugandas

Unter Staatspräsident Museveni verfolgte das Land lange einen positiven Entwicklungsweg und erzielte beachtliche Erfolge. Weniger Armut, Wirtschaftswachstum, steigende Lebenserwartung, höheres Pro-Kopf-Einkommen und besserer Zugang zu Grundschulbildung und Wasserversorgung sind einige der erfreulichen Ergebnisse. Derzeit vernachlässigt die Regierung allerdings soziale Dienstleistungen. Dies bringt ihr Kritik seitens der Gesellschaft und der Geberländer ein.

Entwicklung nach Plan

Als eines der ersten afrikanischen Länder legte Uganda im März 2000 einen Aktionsplan zur Armutsminderung (Poverty Eradication Action Plan - PEAP) vor. Dieser war unter breiter Beteiligung der Bevölkerung erarbeitet worden. Damit war auch eine wichtige Voraussetzung für die Entschuldung von 1,95 Milliarden US-Dollar seitens der internationalen Gemeinschaft erfüllt.

Mit dem neuen Nationalen Entwicklungsplan (National Development Plan NDP, 2010-2015) legte Uganda einen starken Schwerpunkt auf Wirtschaftswachstum. Der NDP 2 (2015-2020) setzt auf die Verbesserung der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, die Verbesserung der Infrastruktur, die Entwicklung von Kapazitäten und die Verbesserung von Dienstleistungen.

Im Mai 2013 lancierte Präsident Museveni zudem die „Vision 2040“ mit Ideen und Plänen, um im Land mehr Wohlstand zu erreichen. Hier liegt der Fokus ebenfalls auf der Schaffung von Infrastruktur.

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Uganda

Österreichs Beziehungen zu Uganda bestehen seit den frühen 1980er-Jahren. Seither gibt es einen regen entwicklungspolitischen und kulturellen Austausch, der von staatlichen

Einrichtungen, Entwicklungsorganisationen, aber auch von vielen engagierten Einzelpersonen getragen wird.

1991 eröffnete die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) ein Auslandsbüro in Kampala. Die Präsenz vor Ort ermöglichte es, umfassende Arbeitsbeziehungen zur ugandischen Regierung und zur Zivilgesellschaft sowie mit anderen bilateralen und multilateralen Gebern auf- und auszubauen. Heute koordiniert das Auslandsbüro der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, in Kampala die österreichischen Programme und Projekte und führt den entwicklungspolitischen Dialog mit den nationalen Partnern und anderen Geberländern. Seit 1992 ist Uganda Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

In Übereinstimmung mit dem Nationalen Entwicklungsplan Ugandas sowie den internationalen Verpflichtungen und nationalen Vorgaben zu mehr Arbeitsteiligkeit konzentriert sich die Austrian Development Agency in Uganda auf:

- Wasserversorgung und Siedlungshygiene und
- Recht, Justiz und Frieden.

Die ADA fördert mit Sektorfinanzierungen den Wassersektor sowie den Justiz- und Rechtssektor der ugandischen Regierung. Darüber hinaus unterstützt sie Programme über Korbfinanzierungen mit anderen Gebern sowie Initiativen internationaler und ugandischer zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Dieses Engagement wird ergänzt durch die Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit und landwirtschaftlicher Forschung durch Hochschulkooperationen, multilaterale Projekte und humanitäre Hilfe.

Österreichische Entwicklungshilfeleistungen (ODA) an Uganda

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs (ODA)¹ an Uganda betragen zwischen 1994 und 2016 197,13 Millionen Euro. Davon entfielen 180,72 Millionen Euro auf Leistungen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

ODA Österreichs an Uganda, Auszahlungen in Mio. Euro

	2012	2013	2014	2015	2016
bilaterale ODA für Uganda in Mio. Euro	6,37	13,14	8,18	8,62	9,03
in % der bilateralen Gesamt-ODA	1,53	3,21	1,70	1,22	1,01
OEZA/ADA für Uganda in Mio. Euro	6,68	11,83	8,55	8,54	9,63
OEZA/ADA an Uganda in % der ges. OEZA/ADA-Leistungen (ODA)	10,08	13,96	11,12	11,51	11,96

Quelle: ADA-Statistik

In den Jahren 2012 und 2014 ist die Summe der bilateralen Gesamt-ODA aufgrund der Rückzahlungsraten für einen Weltbank-Kofinanzierungskredit unter jener der OEZA/ADA. Diese Rückzahlungsraten sind aufgrund des Nettoprinzips der ODA von der Gesamt-ODA in Abzug zu bringen.

¹ BMF, BMBWF, BMDW, BMI, BMEIA u. a.; Länder, Städte und Gemeinden

Projektbeispiele

Sauberes Wasser für alle

Mit der Unterstützung Österreichs (seit 1996), der EU-Wasserfazilität und anderer Geber (seit 2006) wird ein umfangreiches Programm zur Wasserversorgung finanziert, das ursprünglich als österreichisches Pilotprogramm im Südwesten Ugandas begonnen hat. Ziel des Programms ist es, möglichst vielen Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser und hygienischen Sanitäreinrichtungen zu ermöglichen. Das erfolgreiche Programm ist inzwischen in allen Landesteilen angelaufen. Die vier Regionalbüros des Ministeriums für Wasser und Umwelt (Water and Sanitation Development Facilities) sind wesentlich an der Umsetzung beteiligt.

2012 beauftragte die Europäische Kommission die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, mit dem weiteren Ausbau der Trinkwasser- und Sanitärversorgung. 30,5 Millionen Euro stellte sie dafür zur Verfügung. Bis Projektende werden 350.000 Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu hygienischen Sanitäreinrichtungen haben. Die Kapazität der Wasserleitungssysteme ist aber auf 630.000 Menschen ausgelegt und berücksichtigt damit das Bevölkerungswachstum der nächsten 20 Jahre.

Mehr als eine Million Menschen profitierten insgesamt von der österreichischen Unterstützung: Sie sind nun an die Versorgungsnetze angeschlossen. Solide, nachhaltige Verwaltungsstrukturen gewährleisten, dass die Versorgung einwandfrei funktioniert. Neue Siedlungshygienestandards verhindern die Verschmutzung des Grundwassers.

Projektpartner:
Ministry of Finance and Economic Development and Ministry of Water and Environment
Laufzeit:
1994–2017
OEZA/ADA-Beitrag:
51 Mio. Euro
EU-Beitrag:
30,5 Mio. Euro

Wasserversorgung und Siedlungshygiene im Bezirk Pader

Seit 2010 konnten in den beiden Bezirken Pader und Agago in Norduganda nachhaltige Strukturen zur effizienten Wasserversorgung und Siedlungshygiene errichtet werden. Damit die Versorgung mit sauberem Wasser von rund 380.000 Menschen langfristig gesichert ist, werden Verantwortliche in den Gemeinden in der fachgerechten Nutzung und Wartung der Anlagen geschult. Das stellt die Nachhaltigkeit der Maßnahmen sicher.

Projektpartner:
Concern Worldwide
Laufzeit:
2010-2017
ADA-Beitrag:
1,5 Mio. Euro

Wasser für Flüchtlinge und die einheimische Bevölkerung

Mit der Aufnahme von mehr als 1,3 Millionen Flüchtlingen ist Uganda derzeit der großzügigste Gastgeber in Afrika. Das stellt das Land jedoch vor große Herausforderungen. Vor allem im Nordwesten, wo mehr als eine Million Menschen aus dem Südsudan leben, haben die öffentlichen Dienstleistungen ihre Kapazitätsgrenzen erreicht.

Die EU stellt 20 Millionen Euro aus dem Treuhandfonds für Stabilität und Bekämpfung der Ursachen von irregulärer Migration und Binnenvertreibung in Afrika (EUTF Afrika) zur Verfügung. 4,9 Millionen davon sind für die Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung vorgesehen. Die Austrian Development Agency, die hier besondere Expertise hat, setzt das Projekt um. Gemeinsam mit dem ugandischen Ministerium für Wasser und Umwelt errichtet sie in der betroffenen Region Systeme zur nachhaltigen Wasserversorgung und eine umweltfreundliche Deponie für Fäkalschlamm. Das Ziel ist, nicht nur akut Nothilfe zu leisten, sondern langfristig in die Infrastruktur zu investieren. Bis zu 260.000 Menschen in Norduganda werden so künftig dauerhaft Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitärversorgung haben.

Projektpartner:
European Union
Emergency Trust Fund
and Ministry of Finance and Economic Development
Laufzeit:
2016-2020
EU Beitrag:
4,9 Mio. Euro

Auf dem Boden des Rechts

Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte und der Zugang zu Recht sind zentrale Bestandteile guter Regierungsführung und wesentliche Voraussetzungen für Armutsreduktion.

Projektpartner:
Ministry of Finance, Planning and Economic Development
Laufzeit:
2006-2017
ADA-Beitrag:
18,5 Mio. Euro

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Uganda seit 1997 bei Reformen im Rechts- und Justizbereich sowie bei der Stärkung der relevanten Institutionen. Seit 2002 leistet die ADA eine Sektorfinanzierung für den ugandischen „Justice Law and Order Sector“. Dieser umfasst derzeit 18 Institutionen, wie etwa das Justiz- und Innenministerium, die Polizei, die Gefängnisse und Gerichte sowie die Menschenrechtskommission.

Grundlage für die Unterstützung der ADA ist ein fünfjähriger Reformplan Ugandas. Auf dessen Basis sollen Gesetzesreformen vorangetrieben, Menschenrechtsverletzungen eingedämmt, Gerichtsverfahren beschleunigt, die Exekutive gestärkt, die Kriminalitätsrate gesenkt und Rechtsberatung landesweit angeboten werden.

Demokratie und Bürgerrechte stärken

Über die Democratic Governance Facility (DGF), eine Korbfinanzierung zusammen mit anderen Gebern (Dänemark, Großbritannien, Irland, Niederlande, Norwegen, Schweden und der EU), werden mehr als 80 zivilgesellschaftliche Organisationen und staatliche Institutionen gefördert. Ziel ist es, Menschenrechte zu schützen, den Zugang zu Rechtsberatungen und Rechtsbehörden zu verbessern sowie Frieden und Versöhnung zu stärken.

Projektpartner:
Royal Danish Embassy
Laufzeit:
2011-2017
ADA-Beitrag:
2,5 Mio. Euro
EU Beitrag:
11 Mio. Euro

Mehr als acht Millionen Menschen konnten über die Menschenrechte informiert werden. Etwa eine halbe Million BürgerInnen erhielt Rechtsbeistand und 2.000 JournalistInnen profitierten von Schulungen. NGO-Netzwerke bis hin zu einzelnen kleinen lokalen Organisationen werden unterstützt. Sie alle tragen dazu bei, dass BürgerInnen die Leistungen staatlicher Behörden unter die Lupe nehmen, Korruption bekämpfen und ihre Rechte einfordern.

Die Austrian Development Agency unterstützt die DGF seit 2011 mit insgesamt 2,5 Millionen Euro. Außerdem delegierte die EU sowohl 2015 als auch 2017 ihre Beiträge (11 Millionen Euro) zu diesem Programm an die ADA, die unter anderem das Monitoring, die korrekte Abrechnung und die Berichterstattung übernimmt.

Uferschutz am Oberlauf von Aswa und Agago

Der Wasserstand der Flüsse in Uganda schwankt stark. Der Klimawandel verstärkt dieses Phänomen. Durch die Verlängerung der Trockenzeiten und intensivere Niederschläge, aber auch durch Abholzung, durchgängige landwirtschaftliche Nutzung ohne Brache und den Anbau von erosionsanfälligen Nutzpflanzen in den Wassereinzugsgebieten werden die dort siedelnden BäuerInnen in ihrer Existenz bedroht.

Projektpartner:
International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (IUCN)
Laufzeit:
2011-2018
ADA-Beitrag:
2 Mio. Euro

Ein regionales Ostafrika-Projekt der International Union for Conservation of Nature setzt seit 2011 Gegenmaßnahmen, mit finanzieller Unterstützung der ADA. In enger Kooperation mit dem ugandischen Ministerium für Wasser und Umwelt wurden der Uferschutz und die Landnutzung der Gemeinden im Einzugsgebiet der Flüsse Aswa und Agago sowie weiterer Flüsse verbessert. Landwirtschaftliche Aktivitäten an den Uferhängen sind nun verboten. Zusätzlich besserten verschiedene Erosionsschutzmaßnahmen, Aufforstungen und Landnutzungs- und Uferschutzpläne die Situation. Die Nutzung und Bewirtschaftung der Wasser- und Bodenressourcen sollen innerhalb der Gemeinden gemeinschaftlich geplant werden. Ein Kleinkreditfonds trägt zudem zur Diversifizierung der Einkommen bei.

Ziel ist es, die Dorfgemeinschaften weniger anfällig gegenüber den negativen Folgen des Klimawandels zu machen. Vom Projekt profitieren rund 200.000 Menschen.

Frauen planen und bestimmen mit

GemeinderätInnen und BeamtInnen in Norduganda sollen bei der Umsetzung von Entwicklungs- und Reformplänen im Gesundheits-, Bildungs-, Wasser- und Justizbereich die besonderen Bedürfnisse von Frauen berücksichtigen. Das ist seit 2009 das Ziel des ugandischen Frauennetzwerks Uganda Women's Network.

Projektpartner:
Uganda Women's
Network (UWONET)
Laufzeit:
2009-2017
ADA-Beitrag:
rd. 940.000 Euro

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Frauengruppen in den Bezirken Kitgum, Pader, Agago und Lamwo erhalten Schulungen in partizipativem Planen, im Budgetmanagement, in der Umsetzung des Menschenrechtsansatzes, in Monitoring sowie Anwaltschaft. BürgerInnen, insbesondere Frauen und Jugendliche, werden mit ihren Rechten und Pflichten vertraut gemacht. Sie bekommen Einblicke in die Prozesse zur Verteilung und Bereitstellung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen. Bei Versammlungen und Dialogveranstaltungen auf Gemeinde- und Bezirksebene diskutieren BürgerInnen und BehördenvertreterInnen Probleme und Herausforderungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wasser, Recht und Justiz sowie mögliche Lösungen.

Menschenrechte sichern

Die Einhaltung, die Förderung und der Schutz der Menschenrechte, insbesondere von MenschenrechtsaktivistInnen, sind das Ziel des Human Rights Centre Uganda. Mit österreichischer Unterstützung leistet die Organisation seit 2014 in vier Bezirken des Landes Aufklärungsarbeit: Menschenrechte sollen verstärkt wahrgenommen und ihre Einhaltung verbessert werden. Dazu gehört die korrekte Umsetzung verschiedener Gesetze durch Polizei, Staatsanwälte und Gerichte.

Projektpartner:
Human Rights
Centre Uganda
(HRCU)
Laufzeit:
2014-2017
ADA-Beitrag:
252.000 Euro

Das Menschenrechtszentrum arbeitet mit lokalen MenschenrechtsaktivistInnen, der Bevölkerung, aber auch mit staatlichen Institutionen zusammen. Durch Dialogveranstaltungen, Radiosendungen und Workshops wird ein offener Austausch über Probleme und mögliche Lösungen gefördert.

Lernen für den Wandel

Das Programm unterstützt CARE Uganda und zwei lokale Partnerorganisationen bei der Stärkung der Stellung von Frauen in der Gesellschaft. Mitglieder der Organisationen bekommen Schulungen zu Vernetzungsarbeit und darüber, wie man Strategien entwickelt, um Bewusstsein für Genderfragen zu schaffen. Darüber hinaus wird die gesetzliche Festschreibung der Rechte von Frauen und Mädchen gefördert.

Projektpartner:
CARE
Laufzeit:
2016-2019
ADA-Beitrag:
2,5 Mio. Euro für 3 Länder,
850.000 Euro für Uganda

Auch Männer und Burschen werden als wichtige Verbündete in der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit gesehen und angesprochen. Länderübergreifende Zusammenarbeit mit Partnern aus Äthiopien und Ruanda ergänzen die Maßnahmen.

Service

Wichtige Adressen

Österreichisches Koordinationsbüro für Entwicklungszusammenarbeit

Crusader House, 3 Portal Avenue, Kampala
Postanschrift: P.O.B. 7457, Kampala, Uganda
Tel.: +256 31 223 51 04, +256 31 223 51 05; Fax: +256 31 223 51 60
kampala@ada.gv.at

Österreichisches Honorarkonsulat

Plot 6, Hill Lane, Kololo, Kampala
Postanschrift: P.O.B. 11273, Kampala, Uganda
Tel.: +256/414 23 57 96
Fax: +256/414 23 57 96
austrianconsulate@infocom.co.ug
austrianconsulate@gmail.com

Honorargeneralkonsulat der Republik Uganda in Wien

Breitenfurterstraße 219, 1230 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)1 863 11 40
Fax: +43 (0)1 863 11 43
consulategeneral@uganda.at
www.uganda.at

Links

Basismaterial

Ministry of Finance, Planning and Economic Development inkl. National Development Plan
<http://www.finance.go.ug/index.php>

Uganda National NGO Forum: <http://ngoforum.or.ug/>

Uganda Bureau of Statistics <http://www.ubos.org/>

The New Partnership for Africa's Development (NEPAD) – Uganda <http://www.nepad.org>

Weltbank/Uganda: <http://www.worldbank.org/en/country/uganda>

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Uganda:

<http://www.entwicklung.at/laender/ostafrika-und-horn-von-afrika/uganda/>

Landesstrategie Uganda (engl.) 2010–2015:

http://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/Landesstrategien/CS_Uganda_2010-2015.pdf

Ugandische Medien

„The New Vision“ (regierungseigen): <http://www.newvision.co.ug/>

„Daily Monitor“ (unabhängig): <http://www.monitor.co.ug/>